

Eine Gruppe angolischer Antikorruptionsaktivisten erhebt in der Schweiz und in Angola Strafanzeige wegen eines Korruptionsgeschäfts, bei dem ihr Land um über 700 Mio. US-Dollar beraubt wurde und die Gelder in die Taschen europäischer Waffenhändler, eines russischen Oligarchen und Angolas Präsidenten Eduardo dos Santos sowie anderer Amtsträger transferiert wurden.

Die Angolaner haben bei der Schweizer Bundesanwaltschaft in Bern Strafanzeige gestellt und diese gebeten, aufgrund neuer Informationen eines Berichts, der heute von CorruptionWatch UK und Mãos Livres, einer angolischen Antikorruptionsgruppe, veröffentlicht wurde, frühere Ermittlungen zu diesem Geschäft wieder aufzunehmen.

Sie haben heute außerdem Klage vor dem Gerichtshof in der angolischen Hauptstadt Luanda eingereicht. David Mendes, angolischer Rechtsanwalt und Oppositionsfigur, der zu den Unterzeichnern der Strafanzeige in Bern und in Luanda gehört, sagte:

„Wir wissen jetzt viel mehr darüber, wohin das Geld gegangen ist und wie dieses Korruptionsgeschäft zustande gekommen ist. Das Schweizer Bankensystem hat es zugelassen, dass dieses Geld von einem der ärmsten Länder der Welt gestohlen wurde. Es ist für die Schweiz nicht zu spät, angemessen gegen all diejenigen zu ermitteln, die dies ermöglicht haben und Rückerstattung zu verlangen.“

Der Bericht *Deception in High Places: The Corrupt Angola-Russia Debt Deal* offenbart nicht nur außerordentliche finanzielle Unregelmäßigkeiten seitens angolischer Amtsträger und Politiker, sondern wirft auch ein neues Licht auf die Rolle von anscheinend seriösen Finanzintermediären in diesem Geschäft.

Er hebt die Rolle leitender Bankangestellter der Swiss Banking Corporation (SBS - die später mit der Union Bank of Switzerland zur UBS fusionierte) bei der Ermöglichung des betrügerischen Millionengeschäfts hervor, bei dem es um die Rückzahlung umstrukturierter Schulden Angolas aus der Sowjetzeit an Russland ging. Es offenbart außerdem die Verstrickung von Glencore, des in der Schweiz ansässigen multinationalen Öl- und Rohstoffhändlers.

Andrew Feinstein, Leiter von CorruptionWatch UK und Mitverfasser dieses Berichts, sagte:

„Dieser Bericht bietet eine beispiellose Nahaufnahme über den Ablauf eines schweren Korruptionsfalls. Er zeigt die Gier und Käuflichkeit von Machthabenden, denen das Wohlergehen des Volks anvertraut wurde, und wie durch eine fehlende angemessene Aufsicht sowie entsprechender ordnungsgemäßer Prüfungen und Kontrollen in den Finanzzentren der Welt der Raub an einem der ärmsten Völker der Welt, mit unsäglichen Auswirkungen auf dessen Lebenschancen und Wohlergehen, ermöglicht wurde.“

Eine zentrale Rolle bei diesem Geschäft spielten Pierre Falcone und Arcadi Gaydamak, zwei Geschäftsmänner, die in den 90er Jahren maßgeblich für die Organisation des illegalen Verkaufs französischer Waffen an Angola, der 2009 in Frankreichs „Angolagate“-Prozess und Skandal an die Öffentlichkeit gelangte, verantwortlich waren.

Die beiden Männer erhielten für ihre Rolle bei diesem Geschäft zusammen über 260 Mio. US-Dollar, während ihr Teilhaber Witali Malkin, ein wohlhabender Russe, über 48 Mio. US-Dollar bekam. (Malkin legte wegen der Anschuldigungen über den unrechtmäßigen Besitz einer doppelten russisch-israelischen Staatsbürgerschaft und über nicht deklariertes Vermögen außerhalb von Russland im vergangenen Monat seinen Sitz im russischen Parlament nieder.)

Frühere Ermittlungen durch Richter in Frankreich und in der Schweiz ergaben, dass zwischen angolanischen Amtsträgern rund weitere 75 Mio. US-Dollar verteilt wurden, darunter auch an den Präsidenten Eduardo dos Santos, der über 36 Mio. US-Dollar erhielt. Der Verbleib von weiteren 500 Mio. US-Dollar, die im Rahmen dieses Geschäfts ausbezahlt wurden, ist nicht geklärt.

Unter Verwendung neu zur Verfügung stehender Unterlagen und Zahlungsbelege hebt der Bericht außerdem die Rolle von Glencore und UBS bei der Abwicklung des Geschäfts hervor – und unterstreicht dabei das Ausmaß, in dem immer wieder groß angelegte Korruption in Entwicklungsländern durch vermeintlich seriöse Finanzintermediäre mit Sitz in Europa oder in den Vereinigten Staaten ermöglicht wird.

Neben der Nennung von Falcone, Gaydamak, Malkin und drei führenden angolanischen Amtsvertretern als Urheber von Bestechung, Veruntreuung, krimineller Konspiration und Geldwäsche benennt die bei der Schweizer Staatsanwaltschaft eingereichte Strafanzeige auch drei Bankangestellte, die für die Betreuung des SBS/UBS-Treuhandkontos, das für die Transaktion von zentraler Bedeutung war, zuständig waren.

Glencore, das zu dieser Zeit von der staatseigenen Erdölgesellschaft Angolas Öl einkaufte, wurde hinzugezogen, um das Geschäft durch die Bereitstellung von Vorauszahlungen auf Öllieferungen in Gang zu bringen. Die Handelsgesellschaft wiederum brachte die Swiss Banking Corporation ins Spiel, um für den Eingang der umgeschuldeten Zahlungen ein Treuhandkonto einzurichten und die Gelder an Russland und an andere Konten, die Falcone und Gaydamak gehörten oder von diesen benannt wurden, zu überweisen.

Die im Auftrag der Mittelsmänner Falcone und Gaydamak von UBS ausgeführten Zahlungen - einige direkt auf Konten führender Angolaner - wurden trotz der evidenten kriminellen Risiken offenbar weder einer angemessenen internen Prüfung unterzogen noch den Behörden gemeldet.

Eine frühere strafrechtliche Untersuchung zu dieser Affäre wurde im Jahr 2004 abgeschlossen und eine ähnliche Klage, die im Jahre 2006 von angolanischen Bürgern eingereicht wurde, von der Staatsanwaltschaft nicht aufgenommen.

Der Bericht fordert die Schweizer Staatsanwaltschaft auf, entsprechende Ermittlungen über das angolanisch-russische Schuldengeschäft einzuleiten. Er appelliert außerdem an die Schweiz, die Transparenz seiner Rohstoffhandelsunternehmen zu erhöhen, indem diese, dem Beispiel der USA und der EU folgend, verpflichtet werden, in ihren Jahresberichten alle Zahlungen an Regierungen offenzulegen und die Kontrollen zum Schutz gegen Geldwäsche auf Handels- und Rohstoffförderunternehmen auszudehnen.

Er fordert außerdem Angolas Generalstaatsanwalt auf, entsprechende strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten und in diese alle Regierungsbeamten, die sich möglicherweise durch dieses und durch frühere Geschäfte rechtswidrig bereichert haben, einzubeziehen, und legt Angolas Parlament die Einsetzung einer unabhängigen Kommission nahe, um das Schuldengeschäft sowie weitere offenkundige Korruptionfälle zu untersuchen.